

Organ der Leitung der Betriebsparteiorganisation
der SED im VEB Werk für Fernseh elektronik

1. Novemberausgabe
Nr. 44/89 – 40. Jahrgang
Preis: 0,05 M

WFSender

„Jetzt muß endlich etwas losgehen“

Montags beschlossen die Mitglieder der Zentralen Parteileitung auf ihrer Sitzung, daß leitende Funktionäre des Betriebes schnellstmöglich auf einem Forum Fragen von Werktätigen beantworten. Drei Tage später, am Donnerstag um 16.45 Uhr, wurde der Beschluß in die Tat umgesetzt.

Leider stand nur das kleine Johannes-R.-Becher-Zimmer zur Verfügung. Das war sicher ein Grund, von breiterer Information über die geplante Veranstaltung abzusehen (Vielleicht hätte man die Speisegaststätte nehmen sollen?). Somit war der Kreis der Anwesenden für das WF alles andere als repräsentativ (fünf Arbeiter). Allen Enttäuschten, die gern an der Veranstaltung teilgenommen hätten, sei aber versichert, es werden weitere Foren folgen, im großen wie im kleinen Rahmen.

An diesem Spätnachmittag des 26. Oktober hatten im Präsidium

Platz genommen, um Rede und Antwort zu stehen: Genosse Dr. Gabriel, Ö-Direktor, Genosse Peterke, K-Direktor, Genosse Pätzolt, stellvertretender Parteisekretär, Genosse Kotowski, Parteisekretär, Genosse Kreßner, Betriebsdirektor, Genosse Grzesko, BGL-Vorsitzender, und Genosse Eberhardt, 2. Sekretär der FDJ-Grundorganisation.

Geradezu und direkt wurde die erste Frage von Kollegen Schilder aus ET 3 an den Betriebsdirektor gestellt: „Haben Sie nicht Ihr Recht als Hausherr mißbraucht, indem Sie Zettel von Wandzeitungen entfernt haben?“ Die Antwort: „Ja, ich habe veranlaßt, daß Artikel entfernt werden. Dazu gehörte auch eine Aufforderung im Bereich der Rohrleger, Mitglied der nicht genehmigten SDP zu werden. Eine Werbung für diese Partei kann ich im Betrieb nicht zulassen.“ Für und Wider gab es zum Thema Wandzeitungen. So meinte Kollegin Hörnke aus RS 4, daß mit dem Abnehmen von Artikeln, Möglichkeiten des Dialogs unterbunden werden. Kollege Micheel aus HSE 22 hielt dem entgegen, daß eine solche Art der Auseinandersetzung, wie sie zur Zeit an einigen Wandzei-



tungen praktiziert wird, dort geführt werden sollte, wo sie hingehört, nämlich wo Rede und Gegenrede direkt möglich sind.

Kollegin Hörnke, die sich mehrmals zu Wort gemeldet hatte, trug ein Problem ihres Kollektivs vor. 80 Prozent der Produktion (Heizer) werden für den Werkteil C-C gefertigt. „Unsere Arbeit bringt Color zum Laufen. Wie sieht aber unsere Entlohnung aus? Sie entspricht in keiner

Weise dem Niveau der Kollegen aus C. Sind wir also billige Arbeitskräfte?“ Gen. Dr. Gabriel bestätigte, daß das Mißverhältnis von Lohn und Leistung für ganz R bekannt sei. Ein Lohnkonzept wird z. Z. beraten. Es sei schwer, durch ein entsprechendes Leistungsangebot in R zu höherem Lohn zu kommen, die Fertigungsmittel seien veraltet. „Also“, schlußfolgerte Kollegin Hörnke, „werden wir irgendwann doppelte

Arbeit leisten müssen, um gleiche Stückzahlen zu produzieren, wenn nicht die Ersatzteilfrage gelöst wird.“

Horst Kreßner versicherte, den Hinweis aufzunehmen und auszuwerten.

Themenwechsel zur Gewerkschaftsarbeit. Kollege Micheel beurteilte die Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre als ungenü-

(Fortsetzung Seite 2)

Genossen aus LCD tragen mit ihren Vorschlägen zur Vorbereitung der 10. ZK-Tagung bei

Wir Genossen, die unmittelbar mit den Problemen in der materiellen Produktion konfrontiert sind, wenden uns jetzt direkt an unser Zentralkomitee, um die zur Vorbereitung der 10. Tagung des Zentralkomitees gebildeten Arbeitsgruppen zu unterstützen und zur Ausarbeitung von Beschlußvorschlägen zu einigen Sachgebieten beizutragen.

Folgende Vorschläge werden von uns unterbreitet:

1. Es dürfen keine Reformen durchgeführt werden, die ein Nachlassen im Kampf um die Erhaltung des Friedens oder im Kampf gegen den Neofaschismus zur Folge hätten.

Ebenfalls sollten keine Kompromisse gegenüber den Gegnern des Sozialismus gemacht werden, die die zum Schutz der Errungenschaften gebildeten Organisationen auflösen bzw. reduzieren wollen.

2. Die Sozialpolitik unseres Staates ist eine unserer höchsten Errungenschaften. Es sind aber Voraussetzungen zu schaffen, daß unsere sozialpolitischen Maßnahmen nicht mißbraucht werden können, um das Grundprinzip des Sozialismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Leistungen“ zu unterlaufen.

Wer nicht gewillt ist gut zu arbeiten, muß das sehr deutlich im Lohn spüren; auch Umsetzungen mit niedrigerer Qualifikationsanforderung oder der Konsequenz der Entlassung sowie der Auszug aus modernen Wohnungen (bei Mietschulden) dürfen nicht ausgeschlossen werden. Aber auch unterbelegter Wohnraum, der Bezug von Kinderbekleidung der oberen Größen durch Erwachsene zählen dazu.

Unser Vorschlag ist es, durch kostendeckende Preise sowie eine ausgleichende Erhöhung der Bezüge die bestehenden Disproportionen (Mißbrauch der Sozialmaßnahmen) zu beseitigen.

3. Die sichtbar gewordene Änderung der Medienpolitik wird begrüßt und ist beizubehalten.

Kritische und offene Auseinandersetzungen mit den Mängeln und Problemen, die uns hindern, ein attraktiver sozialistischer Staat zu sein, werden eindeutig das Vertrauen der Bürger zu ihrem Staat stärken und dazu beitragen, künftig Fehleinschätzungen der Partei- und Staatsführung zu verhindern.

Darüber hinaus müssen die Medien zu einer Plattform qualifiziert werden, auf der der begonnene Dialog mit allen Be-

völkerungsschichten und zu allen Fragen der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie ausgetragen werden kann.

4. Eine Möglichkeit, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie zu fördern und die Verselbständigung politischer Leitungen zu verhindern, sehen wir in der Begrenzung der Wahlmöglichkeit in leitende Parteifunktionen auf maximal 10 Jahre.

Die Rechenschaftspflicht der gewählten Leitungen gegenüber ihren Wählern muß in stärkerem Maße durchgesetzt werden. Dabei sind diese Rechenschaftslegungen stärker als bisher auf den erteilten Auftrag und auf das persönliche Engagement zur Lösung der Aufgaben zu beziehen.

Die Aufrichtigkeit der Genossen in leitenden Partei- und Staatsfunktionen muß auch dadurch gefördert werden, daß die derzeitige Praxis, diese Genossen durch das Zugestehen von Privilegien (Einkaufsmöglichkeiten, teure Auslandsreisen usw.) zu korrumpieren, grundsätzlich entfällt.

In die Vorbereitung gesamtgesellschaftlich bedeutender Entscheidungen, die von allen Bürgern zu tragen und möglicherweise auch unpopulär

sind, sollten auch alle Bürger einbezogen werden. Dazu schlagen wir die in der Gründungszeit unseres Staates mehrfach angewendete Form des Volksentscheides vor.

5. Zur Erzielung echter Fortschritte in der Arbeitsproduktivität ist das Leistungsprinzip umfassend durchzusetzen. Dafür sind mehrere Voraussetzungen zu schaffen.

– Grundvoraussetzung ist die Beseitigung der unterschiedlichen sozialen Bewertung von Arbeitern ohne und mit Hochschul- bzw. Fachschulbildung.

– Als weitere Voraussetzung muß die Definition der Leistung korrigiert werden. Inovatives Denken bei technologischer Tätigkeit und die Leitung von Kollektiven stellen oft höhere, in der Entlohnung aber nicht anerkannte Leistungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität dar.

– Eine Voraussetzung, daß die finanziellen Auswirkungen einer geänderten Leistungsbeurteilung auch durch die Betriebe getragen werden können, ist, daß die Betriebe nicht nur für die Eigenerwirtschaftung der Mittel verantwortlich sind, sondern daß sie auch die erwirtschafteten Mittel (einschließlich erwirtschafteter Valutamittel), bzw. wesentliche

Teile davon, in eigener Verantwortung verteilen können.

Das ist sicherlich auch eine wesentliche Grundlage für das Bestehen in der Konkurrenz mit auch in unserem Staat zuzulassenden Joint Ventures.

– Eine dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert ein bewegliches System der Planung und Leitung der wirtschaftlichen Prozesse. Detailplanungen über mehrere Jahre im voraus sind ebenso hemmend wie eine starre Erzeugnisplanung und Preisbildung. Durch eine gewinnorientierte Wirtschaftsführung ist es nach unserer Meinung möglich, die Betriebe auf eine kurzfristige Bedarfsdeckung zu orientieren.

6. Um die Wiederholung einer politischen Krise dieses Ausmaßes zu verhindern, sollten die gemachten Fehler gründlich analysiert werden. Dabei sind Genossen, die in leitende Funktionen gewählt oder berufen worden waren, diese Stellung nachweislich für persönliche Privilegien genutzt haben und durch ihr Verhalten, durch ihr Ignorieren der Hinweise aus den nachgeordneten Leitungsebenen zu der gegenwärtigen Situation beigetragen haben, öffentlich zur Verantwortung zu ziehen.

Keine Erwartungen enttäuschen

Freidenker Köpenicks werden aktiv

Wer, wenn nicht auch der im Juni gegründete Freidenkerverband ist prädestiniert, die in unserem Land eingeleitete Wende zu unterstützen, bietet er doch Kommunikation in vielfältiger Form an. Auch die Köpenicker Freidenker, deren Vorstand im September gewählt wurde, haben sich das auf die Fahne geschrieben: Mitzuwirken, das öffentliche Gespräch über konstruktive Lösungen der Probleme in unserem Land zu führen und den Menschen das Gefühl zu geben, daß Gesagtes nicht verhallt.

Prof. Dr. Blumenstein, der Vorsitzende des Kreisvorstandes in Köpenick, formulierte während der Gründungsveranstaltung als Anspruch an die Tätigkeit der Freidenker:

„Ohne Tabus gilt es, alle Themen aufzugreifen, über die Wirklichkeit zu sprechen, wie sie ist und nicht wie sie sein soll. Der Dialog ist in unserer Gesellschaft zu einer objektiven Notwendigkeit geworden.“

Obwohl die Köpenicker Freidenker, was ihr Wirksamwerden betrifft, noch in der qualenden Anfangsphase sind und auch das leidige Problem einer eigenen Geschäftsstelle nicht geklärt ist, gibt es bereits viele gute Vorschläge und Aktivitäten.

So sind drei territoriale Gruppen gebildet worden – in Rahnsdorf, Friedrichshagen und Köpenick. Eine weitere für die zwei Allendeviertel steht noch aus.

Schon die ersten Zusammenkünfte machten deutlich, daß

sich die Diskussion in kleinen Runden bewährt.

Melchior Grimm sagte im 18. Jahrhundert: **„Die unbekannteste, am schlechtesten ausgeübte aller Künste ist die Kunst des Meinungsstreits.“** Seine Worte scheinen heutzutage weniger antiquiert als jahrelanges Schweigen zu allgemein interessierenden Fragen.

Was den Meinungsstreit anbelangt, werden die Freidenker wie fast alle bei uns einen Lernprozeß durchmachen, sich im Diskutieren, Argumentieren und Polemisieren üben. Daß ein wirklicher Bedarf danach besteht, machen allein die vielen Aufnahmeanträge für den Verband deutlich mit einem erstaunlich breit gefächerten Interessenkreis. Da geht es um solche globalen Probleme wie Umweltschutz und Erhaltung des Friedens, um gesellschaftsstrategische Konzepte und den Führungsanspruch der SED, um Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seine Auswirkungen auf die Menschheit, die auf großen Foren diskutiert werden sollten. Aber auch ganz individuelle Probleme wie Alleinsein, das Altern, Krankheit, Tod, und Anderssein wie schwul, lesbisch oder behindert drängen auf öffentliche Akzeptanz und Gehörtwerden. Frau Dr. Schmidt, Fachärztin für Psychiatrie und Neurologie im Köpenicker Krankenhaus bietet gerade für Betroffene dieser Problemkreise regelmäßige Sprechstunden an. Darüberhin-

aus werden Briefkästen des Vertrauens eingerichtet, um persönliche Probleme und Nöte klären zu helfen. –

Die Zukunft kann nur verstehen, wer sich mit der Vergangenheit beschäftigt. So sehen es auch die Freidenker. Studenten der pädagogischen Schule für Kindergärtnerinnen und interessierte Bürger beschäftigen sich deshalb mit Geschichte, Tradition und Gegenwart der Freidenkerbewegung in Köpenick.

Anfänge sind also gemacht. Nun geht es den Freidenkern darum, das Trägheitsgesetz zu überwinden und breitenwirksam zu werden. Ein Rentner aus einem Köpenicker Feierabendheim schrieb in seinem Aufnahmeantrag: **„Endlich haben wir eine Organisation, die sich ausschließlich damit befassen wird, unsere Weltanschauung in die Bevölkerung zu tragen! Die Partei allein kann es nicht! Bald werden wir in jedem Stadtbezirk, in jeder Stadt, in jedem Dorf (Ist das zu utopisch?) einen Vertreter des Verbandes haben, der dann das tut, was die Kirchen durch ihre Pastoren schon seit über 1000 Jahren tun: Aus unserer Weltanschauung heraus mit den Bürgern ihre Nöte und Probleme teilen!“**

Das ist in knappen und einleuchtenden Worten eine Erklärung für die Wichtigkeit des Freidenkerverbandes und gleichzeitig die Aufforderung, keine Erwartungen zu enttäuschen.

Heidrun Sölter-Bey

Meinungen – Standpunkte – Reaktionen

Leser an die Redaktion

Gedanken zu einem offenen Brief

Am 19. Oktober 1989 fiel mir am Eingang zur Betriebsgaststätte ein Aushang auf, in welchem die Parteigruppe E zur aktiven Mitarbeit auffordert, um derzeitige Probleme unserer DDR bewältigen zu können.

Mich bewegte dabei das Stichwort: „... effektive Ausnutzung der Arbeitszeit ...“. Dabei habe ich immer das Gefühl, daß jeder auf die Produktionsabteilungen schaut.

Als staatlicher Leiter einer Produktionsabteilung in C-C kann ich einschätzen, daß 1989 hinsichtlich der Planerfüllung gute Ergebnisse erreicht wurden. Trotz der Schwierigkeiten, die sich aus dem Arbeitskräfteproblem ergeben, wie ständiges Anlernen neuer Arbeitskräfte (NVA-Angehörige, sozialistische Hilfen und ausländische Werkkräfte), wurden 1989 Leistungssteigerungen erreicht, mit denen z. B. die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen nicht mitgehalten haben.

Jedem ist klar, daß weitere Steigerungsraten in der „Farbbildröhre“ nur durch Ausbeutesteigerung, Rationalisierungsmaßnahmen und Erhöhung der Maschinen- und Anlagenverfügbarkeit erreicht werden können. Deshalb läßt es uns nicht kalt, daß die technologische Fertigungsüberwachung nicht arbeitsfähig ist. Zum Teil ist ein Schichttechnologe für drei Abteilungen verantwortlich.

Wenn dieser im Urlaub ist...?? Ich schlage vor:

1. ab sofort alle Absolventen, die im WF eingesetzt werden, in einem „berufspraktischen Jahr“ an die Produktion und die eventuell vorhandenen Probleme heranzuführen. Dadurch wird erreicht:

– Bessere Sicherung der technologischen Produktionsüberwachung (nicht nur in C)

– Junge Absolventen bekommen einen Einblick in die Produktion, in vorhandene technologische Dokumentationen, in praktische Forderungen des GAB und einen realistischen Überblick über theoretische Forderungen und „praktisch Machbares“.

2. Wie mir aus Dienstberatungen bekannt ist, treten kontinuierlich und zum Teil erhebliche Lohnfondsüberschreitungen im Fachdirektorat E auf. Daraus schlußfolgerne ich, daß das Problem Arbeitskräfte und Stammbelegschaft in E Fremdworte sind. Mich interessiert, welche hervorragenden Entwicklungs- und Forschungsergebnisse diesen Arbeitskräfteeinsatz rechtfertigen und wie E an einer schnellsten Umsetzung ihrer Ergebnisse interessiert ist und wird.

Der effektive Einsatz aller H- und F-Kader ist bei uns zur Zeit eine der größten Reserven und ist als eines der wichtigsten Probleme schnellstens zu lösen. Es gibt nicht nur in Forschung und Entwicklung interessante Aufgaben.

N. Lutter, AGL – C.

(Wir leiten diese Fragen an die Zuständigen weiter und veröffentlichen die Antworten – die Red.)

„Jetzt muß endlich was losgehen“

(Fortsetzung)

gend – eine Unzahl ungeklärter Probleme mache das deutlich. Er plädierte u. a. dafür, Gewerkschaftsversammlungen nach der Arbeitszeit durchzuführen. Die Antwort des BGL-Vorsitzenden, daß die Inaktivität nur scheinbar sei, daß ständig Gespräche vor Ort geführt und Positionen dazu erarbeitet werden, überzeugte die Anwesenden nicht. So Kollegin Kaferstein, JR: „Wir sind bereit, bei Veränderungen mitzumachen. Aber von uns fordert doch niemand etwas.“ Die Kollegin meinte weiterhin, es müsse nun endlich klare Antworten geben, wie geht es weiter mit der Gewerkschaftsarbeit und der Entwicklung des WF? Sie schlug weiterhin vor, Verwaltungspersonal abzubauen, die im Betrieb eingesetzten Rech-

ner optimal zu nutzen. „Jetzt muß endlich etwas losgehen.“ Bernd Eichwede, ebenfalls aus der Abteilung, forderte auf, die Gewerkschaftsarbeit so zu gestalten, daß sie wieder Spaß macht. Er stellte die Frage: „Ist der Titelkampf noch zeitgemäß? Bisher war er Zahlenhascherei nach dem Prinzip Null-Acht-Fünfzehn. Diese Abgedroschenheit, dieser Formalismus müssen überwunden werden.“ Genosse Grzesko warf ein, daß es zum Titelkampf momentan keine überzeugenden Lösungen gäbe, auch von den AGL (außer E) seien noch keine konstruktiven Vorschläge gemacht worden. Kollege Rahnenführer, Schirmherstellung in C: „Wir brauchen keinen Titelkampf. Wichtig ist eine leistungsorientierte Produktion auf allen Ebenen.“ In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß sich sein Kollektiv darüber

Gedanken gemacht habe, wie effektiv Arbeitskräfte eingespart werden könnten. Diese Initiative sollte mit einem Teil des eingesparten Lohnfonds materiell stimuliert werden. Er regte an, zur grundsätzlichen Lösung dieser Frage Arbeitsstudien zu nutzen. Genosse Gabriel: „Nur durch höhere Effektivität können wir die Situation in der Volkswirtschaft verbessern. Es geht nicht mehr, daß wir so weiterarbeiten wie bisher.“ Außerdem sprach er die Fragen der Auslastung der Arbeitszeit an und die Kontrolle dazu auf allen Ebenen. Er informierte, daß ab 1990 auch im WF die Produktivlöhne eingeführt werden. Die gegenwärtigen Stimulierungsformen erzeugen nicht den notwendigen Leistungszuwachs.

Kollege Schilder warf ein weiteres Problem in die Debatte. Er vermißt seitens der Partei eine ex-

akte Analyse über gemachte Fehler. Mit einemmal seien alle für Erneuerung. Dazu Siegfried Kotoski: „Es schmerzt uns als Genossen, daß eine solche Lage eingetreten ist. Bei aller Analyse ist es nun notwendig, daß wir die Arbeit organisieren. Wir müssen für die eigene Arbeit Schlußfolgerungen ziehen.“

Kollege Micheel sprach das Problem der richtigen Einordnung des Entwurfsrechenzentrums in die Struktur des WF an. Seiner Meinung nach, auch der Betriebsdirektor bestätigte das, gehöre es nach E. Eine Entscheidung dazu könne aber nur mit den betroffenen Kollegen geschehen. Kollege Arno Dressler, HSP, stellte die Frage: „Kann man es sich leisten, alle drei Jahre eine Strukturveränderung vorzunehmen?“ Und „Seit 20 Jahren basteln wir an CCD, ca. 200 Millionen Mark wurden aus-

gegeben. Sollte man die Sache sterben lassen?“ Genosse Peterke informierte, daß zu letzterem Entscheidungen ausstehen. Auf jeden Fall gewinnt die CCD-Produktion international an Bedeutung. Unter den gegebenen Voraussetzungen ist aber ein gesicherter Bedarf nicht möglich. Und Horst Kreßner: „Strukturveränderungen sollten nur durchgeführt werden, wenn sie wirklich zu einem besseren Ergebnis führen.“ – Noch viele Fragen wurden im fast dreistündigen Disput angesprochen, nicht alle konnten geklärt werden. Man vereinbarte, sich regelmäßig zu treffen. Alle Kollegen sind aufgefordert, Themenvorschläge zu machen, um im Ergebnis der Diskussion auch zu Resultaten zu kommen.

Heidrun Sölter-Bey,
Foto: Kopietz

Warum unterschiedliche Besteuerung?

Genosse Andreas Büttner, IEW 1, wandte sich mit einer Eingabe zur unterschiedlichen Besteuerung von Lohn und Gehalt an die Rechtsabteilung beim Bundesvorstand des FDGB. Da dieses Problem von allgemeinem Interesse ist, veröffentlichen wir den dazu geführten Briefwechsel mit einer Stellungnahme des Autors:

DIE FRAGE

Laut AGB der DDR vom 16. Juli 1977 erfolgt die Entlohnung der Werkstätigen gemäß den Anforderungen ihrer Arbeitsaufgabe. Dabei ist das Leistungsprinzip Grundlage der Verteilung (§ 95). Die Lohn- und Gehaltsgruppe ergibt sich aus den Eingruppierungsunterlagen entsprechend den vereinbarten Arbeitsaufgaben (§ 101). Grundsätzlich wird zwischen Lohn und Gehalt nicht unterschieden. Bei der Besteuerung von Lohn bzw. Gehalt bestehen heutzutage jedoch erhebliche Unterschiede.

Bei Produktionsarbeitern wird der Hauptteil des Einkommens (z. B. leistungsabhängige Lohnprämie) steuerbegünstigt mit 5 Prozent versteuert. Nur der Tariflohn wird lt. Tabelle progressiv versteuert. Daraus resultieren effektiv niedrige Lohnsteuern (10% vom Bruttoeinkommen).

Bei Angestellten wird der Grundlohn und die steuerabhängigen Zuschläge insgesamt progressiv versteuert. Leistungsabhängige Zuschläge bilden nur einen geringen Teil des Bruttoeinkommens. Daraus resultieren effektiv höhere Lohnsteuern, die bei den heutigen durchschnittlichen Bruttoeinkommen fast 20% betragen. Aus diesen unterschiedli-

chen Entlohnungen und damit Besteuerungen ergibt sich folgende paradoxe Situation.

Gehaltsempfänger mit qualitativ höher bewerteten Arbeitsaufgaben (z. B. Meister, Gruppenleiter) als ihre unterstellten Produktionsarbeiter, erhalten in vielen Fällen weniger Nettolohn als ihre Unterstellten, die von ihnen angeleitet und fachlich betreut werden.

In diesen Fällen wird nicht den Grundsätzen des AGB und damit dem Leistungsprinzip entsprochen. Weiterhin kann der materielle Stimulus für eine Qualifizierung der besten Facharbeiter zu Meistern und Ingenieuren nicht wirken, was sich negativ auf die Bereitschaft dieser Werkstätigen zur beruflichen Weiterbildung auswirken kann. Ich bitte daher um eine Klärung, auf welcher gesetzlichen Grundlage die o. g. unterschiedliche Besteuerung von Lohn und Gehalt resultiert, die meines Erachtens nicht mit der vollen Durchsetzung des Leistungsprinzips in Übereinstimmung gebracht werden kann.

DER VORSCHLAG

Als die Eingabe geschrieben wurde, war der Umschwung im politischen Denken nach dem 7. Oktober noch nicht zu erah-

nen. Das Problem, wie der o. g. Artikel ausweist, bestand aber schon über einen langen Zeitraum. In unserer Abteilung betrifft das ganz konkret einen im Meisterstudium stehenden Kollegen (2. Studienjahr), der z. Z. als Schichtarbeiter ca. 1400 bis 1300 Mark monatlich verdient, als Meister aber nach Abzug des Schichtzuschlages weniger verdienen würde.

Obwohl dieses eine Problem nur die Spitze des Eisberges Leistungsprinzip ist, entbindet es uns natürlich nicht von der Pflicht, daß jeder auf seinem Gebiet die Aufgabe hat, Neues zu denken, Konzeptionen zu erarbeiten und Entscheidungen auch der übergeordneten Organe einzufordern. In diesem Prozeß sind BGL und BPO besonders gefordert, wo es gilt, Altes und Überholtes über Bord zu werfen, Bewährtes zu erhalten und Neues durchzusetzen. In diesem Sinne soll der Artikel einen Beitrag zur umfassenden Diskussion über die Durchsetzung des Leistungsprinzips, insbesondere das „WIE“, geben. Eine Möglichkeit besteht meines Erachtens darin, einen aufgabengebundenen Leistungszuschlag zu zahlen, angefangen vom Schichtverantwortlichen bis zum Direktor. Die dafür benötigten Mittel könnten über die Freisetzung überzähligen Leitungspersonals bereitgestellt werden. Ein Blick ins Telefonbuch des VEB WF zeigt, daß die Leitungsnormative in vielen Fällen nicht eingehalten werden. Dies würde weiterhin eine Freisetzung von Arbeitskräften für andere wichtige Vorhaben nach sich ziehen.

Laßt uns nicht anderen Betrieben nachstehen, in denen konkrete Maßnahmen bereits diskutiert werden (ND vom 20. 10. 89).

DIE ANTWORT

Bei der Beurteilung der gesamten Problematik müssen wir davon ausgehen, daß mit der Erfüllung der Verordnung vom 22. 12. 1952 über die Besteuerung des Arbeitseinkommens, d. h. also des einheitlichen Steuerrechts, Mehrleistungslöhne und Lohnprämien mit 5% besteuert werden. Diese Festlegung wurde mit dem Ziel getroffen, die Arbeiter insbesondere durch die Übererfüllung der Arbeitsnormen an der Leistungssteigerung materiell zu interessieren.

Diese kontinuierliche Produktionssteigerung war damals – in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus – von ausschlaggebender Bedeutung. Diese Regelung hat sich nunmehr auch über drei Jahrzehnte bewährt.

Zum Zeitpunkt der Einführung solcher Steuerbegünstigungen (5% bei Mehrleistungslöhnen und Lohnprämien) waren leistungsorientierte Zuschläge noch nicht Bestandteil der Gehälter, so wie sie heute z. B. bei technisch-ökonomischen Fachkräften und Meistern angewendet werden, um sie hinsichtlich der Erfüllung ihrer Arbeitsaufgaben entsprechend zu stimulieren.

Uns sind die Probleme, die sich aus den Festlegungen der Verordnung vom 22. 12. 1952 über die Besteuerung des Ar-

beitseinkommens ergeben, bekannt. Eine Lösung ist gegenwärtig nicht möglich. Hierzu wäre ein enormer Mittelaufwand erforderlich, über den die Volkswirtschaft zur Zeit nicht verfügt ...

Deshalb wurde der Weg beschritten, die steuerlichen Auswirkungen bei der leistungsorientierten Erhöhung der Löhne und Gehälter im Zusammenhang mit der leistungsorientierten Lohnpolitik durch die differenzierte Festlegung der Limite für die durchschnittliche Lohnerhöhung zu berücksichtigen. So wurden z. B. die Limite für die Werkstätigen im Monatslohn (Werkstätige, deren Löhne keine steuerbegünstigten Bestandteile enthalten) bis zum Doppelten höher festgelegt als bei Produktionsarbeitern.

Natürlich wissen wir, daß dadurch nach nicht in jedem einzelnen Fall solche Lohnrelationen im Netto erreicht werden, wie sie jeweils der Qualifikation und Verantwortung entsprechen.

Grundsätzlich ist jedoch zu bemerken, daß entsprechend dem Hauptinhalt der leistungsorientierten Lohnpolitik es jetzt darauf ankommt, mit den geplanten Mitteln des Arbeitseinkommens einen höchstmöglichen Anreizeffekt zur volkswirtschaftlichen Leistungsentwicklung auf dem Wege der Intensivierung zu erreichen. Der Grundsatz, daß höhere Leistungen die Voraussetzung für höhere Löhne sind, besitzt eindeutige Priorität, weil diese Orientierung am wirkungsvollsten allen Werkstätigen zugute kommt ...

(Es antwortete Klaus Weidler, stellv. Abtlr. d. Abteilung Arbeit und Löhne beim Bundesvorstand des FDGB)

Gehen wir an die Arbeit!

Der letzte Satz vom Präsidenten der Volkskammer lautet: Gehen wir an die Arbeit! Professor Schimko, was heißt das direkt für Sie als Direktor für Forschung und Technologie im Werk für Fernseh elektronik?

Das heißt, wie ich meinen Kollegen immer wieder versuche, glaubhaft beizubringen, mehr und besser zu arbeiten, und dieses hat aus meiner Sicht furchtbar konkrete Züge.

Wir müssen einfach von den Ankündigungen zur Tat kommen, daß bedeutet bei uns im Werk konkret solche Dinge durchzusetzen, wie (Schlagwort) Entbürokratisierung, Leistungsprinzip, Eigenerwirtschaftung. Alles Dinge, die, wenn man sich darüber unterhält, erst mal völlig klar sind, die muß man machen, und andererseits sind Methoden, um dahin zu kommen, furchtbar schwer zu finden. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Wir sind ja Alleinhersteller der Farbfernsehröhren. Diese Farbfernsehröhren lassen sich gut verkaufen. Wir könnten mit Hilfe dieser Farbfernsehröhren durchaus Eigenerwirtschaftung machen. Wir müssen natürlich auf die, die aus den Farbfernsehröhren Fernseher machen oder Monitore,

Rücksicht nehmen. Das heißt, wir sind an Zwänge gebunden. Wir schlagen jetzt vor, daß wir natürlich mit staatlichen Kennziffern weiter arbeiten müssen, aber wir schlagen auch vor, daß wir alles, was über die staatlichen Kennziffern hinaus erwirtschaftet und erarbeitet wird, tatsächlich zur Eigenerwirtschaftung und zur Stimulierung unserer Kollektive, zum Anschaffen von Ausrüstungen, zum Erhöhen des Lohn- und Gehaltsfonds, für die gerechtere Verteilung von Mitteln, für die Abschaffung des Mißverhältnisses z. B. zwischen Löhnen und Gehältern, verwenden dürfen. Und bisher sind die gesetzlichen Grundlagen dafür nicht da. Zum Schlagwort – Entbürokratisierung: Wir haben mal ausgerechnet, daß wir 65 Formulare ausfüllen müssen von sogenannten Erneuerungspässen. Das ist ein absoluter Wahnsinn, denn letztlich sind die Kennziffern, die wir da reinschreiben weder kontrollfähig, noch kann man mit ihnen etwas bewirken. Sie dienen eigentlich nur weiteren Papierabteilungen wieder dazu, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, sind letztendlich nicht effektiv. Wobei ich allerdings auf dem Gebiet der Wirtschaft tatsächlich der Meinung bin, daß es ein

Auszüge aus einem Interview des Berliner Rundfunks mit Prof. Dr. Schimko, Nachfolgekandidat der Volkskammer und Mitglied der ständigen Kommission Volksbildung unmittelbar nach der 10. Tagung der Obersten Volksvertretung der DDR

furchtbar langer Prozeß sein wird, Ordnung in diese – in der Summe 40 Kennziffern – zu bringen ...

Die Zeiten der Tabus sind vorbei, ein Beweis dafür – wir dürfen auch über Ihre Arbeit im WF sprechen, das gab es ja vor einiger Zeit noch nicht im Interview. Jetzt zu Ihrer Arbeit als Nachfolgekandidat in der Volkskammer. Es ist in der letzten Zeit viel Kritik geübt worden von der Bevölkerung an der Arbeitsweise: Was meinen Sie, was ist jetzt das Dringlichste in der Arbeit der Abgeordneten, in der Arbeit der obersten Volksvertretung?

Tatsächlich demokratische Spielregeln zu lernen. Ich glaube, daß wir uns in der Vergangenheit nicht an die demokratischen Spielregeln, die wir uns zwar gegeben hatten, aber an die wir uns nicht vernünftig gehalten haben, und zwar von ganz oben her – daß wir das neu lernen müssen. Jeder, der aus Sorge und wenn es nur aus Sorge um sich eine Meinung hat, dem müssen wir eine Antwort geben, wir müssen es zumindest versuchen. Das kann auch eine schlimme Antwort sein, z. B. ich habe kein Geld für Umweltschutz. Dann muß ich aber zumindest sagen, wenn ich jetzt kein Geld habe

– wie komme ich zu dem Geld. Denn sicher ist ja, daß die Aufgabe mit dem Umweltschutz bleibt. Oder ein anderes Beispiel. Wenn ich im Auftrage meiner Wähler, der Gewerkschafter des WF anfrage, warum es ein absolutes Mißverhältnis in der Besteuerung von Lohn- und Gehaltsempfängern gibt und ich bekomme die Antwort: „Wir können es uns nicht leisten, da die Gerechtigkeit herzustellen.“ Dann ist das einfach eine Antwort, die nicht mehr geht. Der erste Teil der Antwort kann sein: „Ich kann es mir nicht leisten“, – und der zweite Teil muß sein: „Ich habe die Maßnahmen eingeleitet, a) damit ich es mir leisten kann und b) um den Bürgern eine Aussicht zu geben, daß die Gerechtigkeit irgendwann einzieht.“ Ansonsten muß ich mir gefallen lassen, daß ich nicht an der richtigen Stelle sitze.

Nun sind sie ja im Ausschuß für Volksbildung, und ich glaube gerade die Volksbildung hat ja auch vieles neu zu durchdenken, denn der Fakt, daß vor allem junge Leute unser Land verlassen haben, läßt sich ja nicht so einfach vom Tisch fegen, und da geht es ja auch an die Verantwortung der Pädagogen. Sie sind zwar kein Pädagoge ...

Doch, ich bin Hochschullehrer – ich würde sagen insofern auch Pädagoge und bin also der Meinung, daß die Arbeit unseres Ausschusses reformiert werden muß, im wahren Sinne des Wortes. Ich hatte heute die Gelegenheit, mit einer Abgeordneten der LDPD hier zu sprechen. Wir haben uns eigentlich fest vorgenommen, daß wir auf die Tagung des Ausschusses, die noch im November kommen wird, sofort das Problem der zwölfklassigen Oberschulen wieder auf die Tagesordnung setzen. Wir alle im Ausschuß, und wir haben das mehrmals zum Ausdruck gebracht, sind der Meinung, daß die erweiterte Oberschule ab 9. Klasse wieder eingeführt werden muß. Auch aus vielerlei Gründen, die ich hier nicht alle erläutern kann. Der gesamte Ausschuß hat sich dafür ausgesprochen, wir haben nie verstanden, warum wir nicht gehört wurden. Wir sind der Meinung, auf die erste Tagesordnung gehört so etwas als ein Teil der Problemliste, und wo wir den Wählern sagen müssen: Hier wollen wir uns ändern.

(Das Interview wurde am 25. Oktober im Berliner Rundfunk gesendet)

MONTAG Die rasche Verbesserung des Angebotes und die durchgängig konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips sind zwei Problematiken, die eng miteinander verbunden sind und zu den wichtigsten Komplexen des öffentlichen Dialogs gehören. Vorschläge sind also gefragt, um in gemeinsamer Sache zu Lösungen und dann zu Veränderungen zu kommen. Unser Betrieb ist dabei nicht ausgenommen, denn wir sind

Seit langem gehört die Bonderei zu den Abschnitten, die mit akutem Arbeitskräftemangel zu kämpfen haben. Dennoch habt ihr in der Vergangenheit stets gute Ergebnisse in Menge und Qualität erreicht. Da dürfte doch wohl weder der Produktions- oder der Arbeitskräfteplan nicht ganz real sein.

S. Röhr: Klar haben wir auch mit weniger Leuten zusehen, daß der Plan geschafft wird. Ist doch auch völlig logisch. Wird der Plan nicht erfüllt, geht's uns ans Geld.

Dann geht's also ohne neue Leute!

S. Röhr: Ich würde eher sagen, wir versuchen uns über Wasser zu halten. Wir wissen selbst, daß neue Leute nicht kommen. Im Gegenteil. Auch aus unserer Brigade haben sich zwei nach drüben abgesetzt. Von uns hört man aber auch keine Klagen von wegen „keine Leute, keine Leute“. Wir versuchen es halt trotzdem zu schaffen, weil wir damit fertig werden

müssen. Dabei suchen wir auch neue Wege.
Neue Wege mit weniger Kollegen?
 S. Röhr: Zwangsläufig. Jetzt wollen wir das Problem mit der Nestfertigung knacken, wobei nicht mehr nur die Einzelleistung zählt und bezahlt wird, sondern die Nestleistung. Dann müssen die drei Kollegen untereinander darauf achten, daß jeder richtig

Nur Leistung darf zählen!

... Dabei suchen wir auch neue Wege.
Neue Wege mit weniger Kollegen?
 S. Röhr: Zwangsläufig. Jetzt wollen wir das Problem mit der Nestfertigung knacken, wobei nicht mehr nur die Einzelleistung zählt und bezahlt wird, sondern die Nestleistung. Dann müssen die drei Kollegen untereinander darauf achten, daß jeder richtig

... Und das werden sie – jede Wette.
Sollte Nestfertigung nicht schon längst die Praxis sein?
 S. Röhr: So stands in der Zeitung.
So wurden wir informiert.
 H. Schröder: Wir wollen schon lange und lange sind auch die Nester in der Bonderei schon eingerichtet. Technisch ist also alles klar. Nun warten wir auf die

Bestätigung der von uns erarbeiteten neuen Lohnformordnung für die Nestfertigung. Im August haben wir den Vorschlag dazu eingereicht, jetzt haben wir Ende Oktober.
Wer ist dafür verantwortlich?
 H.-P. Fischer: Die Ökonomie, natürlich. Der ökonomische Direktor und auch der ökonomische Leiter des Werkes Mikrooptoelektronik.

bleibt euch also nur abzuwarten?

H. Schröder: Wenn wir immer nur abgewartet hätten, wären wir sicherlich noch weit hinter dem Plan zurück. Wir sind da immer schon einen Schritt weitergegangen, denn wir arbeiten schon nach dem Prinzip der Nestfertigung, nur bezahlen können wir sie nicht. Also sind wir auch hier schnell an unsere Grenzen gestoßen.
Wo denn noch?
 S. Röhr: Machtlos sehen wir uns zur Zeit der Materialsituation gegenüber. Uns fehlen Chips. Allein in meiner Brigade standen die Bonder im Oktober 300 Stunden still. Das ist Wahnsinn und im Monatsplan nie wieder aufzuholen. Und schon gibt's weniger Geld, denn bezahlt wird uns in AL 1 nur die erbrachte Leistung, also montierte Dioden oder Anzeigen, egal, ob Material da ist oder nicht. In diesem Monat haben wir also keine Möglichkeit, aufs volle Geld zu kommen.

Und wo liegen nach eurer Meinung die Ursachen für die fehlenden Chips?
 H. Schröder: Jahrelang hatte der Zyklus I eine weit höhere Kapazität als der Zyklus II, also wir. Dann wurde bei uns investiert, wir schafften mehr und schließlich sah es genau umgekehrt aus, weil die Chipproduktion vernachlässigt wurde. Eine Dis-

proportion, die sicher nicht so schnell auszubügeln ist. Das ist aber nur ein Grund.
 Wir brauchen täglich eine bestimmte Menge Chips und da wir keine Bestände haben, muß ständig Nachschub kommen. Da kann es nicht sein, daß aus welchen Gründen auch immer, im Zyklus I die Chips erst gesammelt werden. Dann muß es bei uns zum Stocken kommen. Entsprechend unserem Tagesplan muß darum täglich eine Mindestchipmenge geliefert werden. In meinen Augen ist das ein feines Organisationsproblem.
S. Röhr: Mit den Trägerstreifen sieht es doch nicht viel besser aus. Immer fehlt irgendwas, dann kommt wieder eine Lieferung, wir ackern auf Druck und sitzen dann wieder rum. Kontinuität kennen wir nicht. Das Material müßte schieben, aber ob wir da hinkommen?
 H. Schröder: Beim Hersteller der Trägerstreifen ist ein Werkzeug ausgefallen oder eine Stanze. Jedenfalls wird von dort bald nichts kommen. Ich glaube, wenn wir unsere Zulieferer nicht direkt in die Pflicht nehmen oder sie vielleicht auch materiell in unsere Ergebnisse binden, kommen wir in diesem Punkt zu keiner Besserung. Das ist doch aber unser generelles Problem.
Die fehlende materielle Bindung oder die Zulieferer?

H. Schröder: Beides und letztlich die Inkonsequenz im Leistungsprinzip. Wir setzen Pauschalitäten als Maßstab, statt die tatsächlich erbrachte Leistung der Leiter.
Ihr seid auch Leiter. Habt ihr nicht die Möglichkeit, das Leistungsprinzip konsequent anzulegen?
 H.-P. Fischer: Sehr begrenzt. Der Anreiz ist da, wenn alle an das Ergebnis eines Bereiches oder Betriebes gebunden sind. Wir haben doch bisher das Leistungsprinzip nur für die Produktionsarbeiter gesehen und auch dort noch nicht überall. Leistung muß aber überall kommen, gerade von den Gehaltsempfängern, die doch die Produktion organisieren. Da gibt es aber im Moment keine Möglichkeit, gute organisatorische Leistungen mit einem spürbaren Plus im Gehalt zu honorieren.

Die in den letzten Jahren und zur Zeit praktizierte Leistungsbeurteilung auf der Grundlage der Gehaltsordnung wirkt für die Leiter aller Ebenen leistungshemmend. Es ist doch deutlich zu erkennen, daß Hoch- und Fachschulakademiker nicht direkt in die Produktion wollen. Warum sind solche wichtige Positionen wie Gruppenleiter oder Meister seit Jahren mit Hilfskräften besetzt? Unser Betrieb beschäftigt Tausende Gehaltsempfänger und

Hunderte von Mitarbeitern müssen und dürfen sich täglich mit sinnlosen Statistiken beschäftigen. Wann endlich unternimmt unsere Betriebsleitung etwas dagegen?

Besteht nicht die Möglichkeit, Leiter mit dem Leistungsabhängigen Gehaltszuschlag zu stimulieren?

H. Schröder: Diese Zuschläge sind da, richtig. Die kannst du aber nur verspielen und nicht nach oben treiben, wie es jeder Produktionsarbeiter durch mehr und bessere Arbeit mit seinem Lohn machen kann. Du kannst dich als Leiter abrackern, wie du willst, die obere Grenze bleibt. Nochmal drei- oder vierhundert Mark drauf ist jedenfalls nicht drin.
Ist aber euer Arbeitskräfteplan nun real oder nicht?
 H.-P. Fischer: Natürlich muß der Plan der Arbeitskräfte real gestaltet werden, aber nicht nur in der Produktion! Die Leiter müssen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie das ihnen anvertraute gesellschaftliche Arbeitsvermögen nicht effektiv nutzen. Hier brauchen wir mehr Konsequenz und ich bin da auch für hartes Durchgreifen.

Wie hart?

H.-P. Fischer: Wer seine Aufgabe nicht packt, kann kein Leiter sein. Da könnte ich mir sogar einen Hochschulkader als An-

genfahrer vorstellen, wenn es sein muß.

S. Röhr: Bei der Jahresendprämie fängt doch die Gleichmacherei schon an. Da geht's auch nicht nach der erbrachten Leistung, sondern nach Lohngruppenstrukturen, Statistiken und der Anzahl der vorhandenen Leute. Wir sind jetzt 77 Kollegen, obwohl 95 geplant sind. Den Plan erfüllen wir trotzdem. Also haben wir 77 doch die Leistung gebracht und hätten doch wohl auch die entsprechende Jahresendprämie verdient. Das haben wir schon zu jeder Plan- und BKV-Diskussion angesprochen. Und was war? Null Antwort.
Die BGL hat aber öffentlich erklärt, alle Hinweise, Vorschläge und Kritiken bis zum 15. Oktober zu beantworten.
 S. Röhr: Das stand auch in der Zeitung. Wir haben jedenfalls bis heute keine Antwort.
Ihr habt aber ein gedrucktes Versprechen.
 H.-P. Fischer: Na bitte – Leistungsprinzip also auch für gesellschaftliche Arbeit und Funktionäre. Warum nicht?

Wir als Redakteure sind auch gesellschaftlich Arbeitende. Was erwartet ihr von der Betriebszeitung?

H. Schröder: Vor allem Klarheit, keine abgesicherten und relativierenden Formulierungen. Eine eindeutige und ehrliche Ist-

Analyse, Problemdarstellungen, Gedanken und Vorstellungen darüber, wie etwas gelöst werden kann. Ich wünsche mir eine informativere Zeitung, die dich an die Basis geht und in der wir uns wiederfinden und wiedererkennen.
Dies griffen wir sofort auf, fragten darum nach und erhielten Antwort von:
 Petra Klann, Vorsitzende der AGO Anzeigenelemente, zum Problem Jahresendprämie: Gerade gestern (24. Oktober) habe ich erfahren, daß beim Werkleiter eine Reihe von Antworten auf die Fragen unserer Kollegen eingetroffen sind. Während der nächsten Anleiherung der Vertrauensleute am 6. November werden wir darüber informieren.
Wäre es nicht besser, die Kollektive direkt anzusprechen?
 P. Klann: Die Frage zur Jahresendprämie wurde von fast allen Brigaden zur Sprache gebracht. Darum ist dies der effektivste Weg. Ansonsten warte ich auf die Einladungen zur Aussprache in den Kollektiven.

Wie war doch gleich die Meinung der Kollegen aus der Bonderei zum Thema (Ab)Warten?

Wir erwarten ebenso die Antworten des ökonomischen Direktors zur Lohnformordnung und des Werkleiters A. zur täglichen Anlieferung von Chips.

... Und noch ein redaktionelles Wort: Während dieser drei Tage habe ich viel gehört, erfragt und notiert, womit sich leicht mehrere Zeitungsseiten füllen ließen. Doch der Platz ist begrenzt, und für die nächste Ausgabe stehen bereits neue Formen ins Haus. Das ist gut so. Es gab in dieser Woche aber auch manches, das mich besorg machte. So, daß sich einige Kollegen gegen die Beibehaltung des Volkseigentums in unserer Volkswirtschaft aussprachen. Doch es gehört wohl auch zu diesem mächtigen Dialog, daß Grundsätzliches in Frage gestellt wird, und die Verteufelung solcher Meinungen würden dem ehrlich gemeinten Dialog entgegenstehen. Bekanntlich lernt man über lange Zeit selbstverständlich Gewordenes oft erst schätzen, wenn es nicht mehr ganz so selbstverständlich ist. Das In-Frage-Stellen sollte von uns eher als eine dringende gebotene Aufforderung verstanden werden, Grundsätzliches und Notwendiges für unser Leben in diesem Land zu verteidigen, und dies mit erlaubten Argumenten.
 Jochen Knobloch

PS: Der Offene Brief des Kollektivs AE 4 wird auf unserer „Seite 9“ veröffentlicht.

F/E-Arbeit per DIENSTAG Ausschreibung

Das KDT-Clubgespräch

Wirkung erzielt Bereits im Frühjahr wurde diese Frage, ob F/E-Themen nicht in der Form von Ausschreibungen vergeben werden könnten, in unserer Zeitung gestellt. Unsere Redaktion blieb an der Frage dran, drängte auf Antwort und kann nun über ein KDT-Clubgespräch zu eben diesem Thema berichten: Können F/E-Themen ausgeschrieben werden?

Hartmut Illner, der seinerzeit die Frage aufwarf, machte zu Beginn der sachkundigen Diskussion sein Anliegen deutlich: „Dieses Problem beschäftigt viele Kollegen und vor allem jüngere Streiter, die mit ihren derzeitigen Arbeitsaufgaben unterfordert sind. Sie wollen anspruchsvolle Aufgaben, die ihrer Qualifizierung entsprechen und deren praktische Nutzung sie auch in der Produktion betreuen wollen.“
 Daß diese Frage nicht pauschal beantwortet werden könne, meinte Jürgen Bohrisch, selbst Themenleiter mit langjähriger Erfahrung. Dies würde zu einer noch größeren Anarchie in der Themenarbeit führen, gar er zu Bedenken. Andererseits könne er sich die Ausschreibung, wenn sie auf Themen für die Rationalisierung und Erweiterung des Bauelementesortsorts beschränkt würde, durchaus vorstellen. Die potentiellen Entwickler sehe ich vor allem in den

Produktionsabteilungen und technologischen Bereichen. Gleichfalls, so Jürgen Bohrisch, darf man das Umfeld nicht außer acht lassen, denn heute geht es beim Ratiobau um Termine für 1993/94. Das sind Schranken, die nicht so leicht zu überspringen sind.
 Kollege Wenzl, Mitglied des KDT-Vorstandes und Erfindertainer: „Der Vorschlag zielt doch auf die bestmögliche Nutzung unserer gut ausgebildeten Kader. Und offenbar gibt es viele Kollegen, die mehr möchten und auch könnten, ihnen aber die Freiheit fehlt, dies zu realisieren.“
 Daraufhin schilderte Kollege Masche seine Erfahrungen mit jungen Leuten. Wie er sagte, lehnen gerade die jungen Stürmer oft die technologische und organisatorische Arbeit ab, weil sie aufwendig und dabei wenig fruchtbar ist. Und daß dies so ist, wisse doch jeder aus eigener Erfahrung, fügte er hinzu. „Wir alle kennen doch die sanktionslosen Beratungen, wo Konsequenzen fehlen und niemand zur Verantwortung gezogen wird. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, in denen Termine und Leistungen per Handschlag aus-

gemacht werden konnten. Heute gehören zur Themenarbeit zwei dicke Ordner mit Absagen und Begründungen, warum etwas nicht geht.“ Daß Entwicklung auch in der Produktion machbar sei, darauf verwies Kollege Perner und führte Beispiele an. Und es gebe auch genug Aufgaben zu lösen, denn längst nicht jedes Problem kann in den F/E-Plan aufgenommen werden. Davon könnte sicher so manches ausgeschrieben werden, meinte er und machte deutlich, daß dies dann aber als zusätzliche Leistung zur Arbeitsaufgabe gesehen und mit entsprechender Bindung an das ökonomische Ergebnis auch stimuliert werden könne.
 Da Röhren nicht mehr „in“ seien und somit auch im F/E-Plan keinen Platz finden, so Kollege Wallis, bestehe für ihn der Zwang, seine Kollegen der Fertigungsüberwachung für Neuentwicklungen zu interessieren. Wie berichtet, hätten sie mit Honorarverträgen und über die Neuerarbeiten nachweisbare Erfolge erzielt und insgesamt gute Erfahrungen gesammelt. Dies zeige doch, so Kollege Wallis, daß es prinzipiell

der unserer KDT-Betriebssektion, meinte zum Abschluß der Debatte, daß es sicher einiges in der täglichen Arbeit wieder zu kultivieren gilt. So nannte er den Wissenschaftlich-technischen Rat, der vor langer Zeit ins Leben gerufen wurde und dann leider wieder vergessen wurde. Kultiviert werden müsse ebenso die strategische Arbeit. Auf die Ausschreibungen eingehend, sagte er, daß Themen unserer großen Hauptlinien natürlich nicht ausgeschrieben werden können. Aufgaben zum WEI-also das Befassen mit dem geistigen Vorlauf und mit technologischen Fragen in der Produktion, das sei machbar. Dafür müssen die Ansprüche von der Produktion kommen. Solche Themen zu finden ist demnach vor allem auch die Aufgabe der Leiter, die mit dem vorhandenen Stand der Technologie kritischer ins Gericht gehen müssen.
Fazit: Klar ist, daß per Ausschreibung nicht unsere gesamte F/E-Strategie abgedeckt werden kann. Klar ist aber auch, daß die jetzt vorhandenen freien Spitzen im betrieblichen und volkswirtschaftlichen Interesse genutzt werden müssen. Die KDT-Betriebssektion wird über die Arbeit ihrer Fachsektionen in den Werken und Fachdirektoren die Zusammenstellung eines Aufgabekatalogs veranlassen, der als Grundlage für derartige Ausschreibungen gelten soll. Damit verspricht sich die KDT den erforderlichen theoretischen Vorlauf, für ein schnelleres Reagieren des Ratiomittelbaus, der Entwicklung und des Absatzes auf sich daran anschließende „große“ Themen.

Dr. Heinz Hornung, Vorsitzender unserer KDT-Betriebssektion, meinte zum Abschluß der Debatte, daß es sicher einiges in der täglichen Arbeit wieder zu kultivieren gilt. So nannte er den Wissenschaftlich-technischen Rat, der vor langer Zeit ins Leben gerufen wurde und dann leider wieder vergessen wurde. Kultiviert werden müsse ebenso die strategische Arbeit. Auf die Ausschreibungen eingehend, sagte er, daß Themen unserer großen Hauptlinien natürlich nicht ausgeschrieben werden können. Aufgaben zum WEI-also das Befassen mit dem geistigen Vorlauf und mit technologischen Fragen in der Produktion, das sei machbar. Dafür müssen die Ansprüche von der Produktion kommen. Solche Themen zu finden ist demnach vor allem auch die Aufgabe der Leiter, die mit dem vorhandenen Stand der Technologie kritischer ins Gericht gehen müssen.
Fazit: Klar ist, daß per Ausschreibung nicht unsere gesamte F/E-Strategie abgedeckt werden kann. Klar ist aber auch, daß die jetzt vorhandenen freien Spitzen im betrieblichen und volkswirtschaftlichen Interesse genutzt werden müssen. Die KDT-Betriebssektion wird über die Arbeit ihrer Fachsektionen in den Werken und Fachdirektoren die Zusammenstellung eines Aufgabekatalogs veranlassen, der als Grundlage für derartige Ausschreibungen gelten soll. Damit verspricht sich die KDT den erforderlichen theoretischen Vorlauf, für ein schnelleres Reagieren des Ratiomittelbaus, der Entwicklung und des Absatzes auf sich daran anschließende „große“ Themen.

Protokoll einer offenen Gewerkschaftsversammlung

DONNERSTAG

Karten auf den Tisch

... in LINO – offene Gewerkschaftsversammlung der Abteilung AE 4. Der aus der Besorgnis über die Situation und die Zukunft in unserem Land entstandene Drang, etwas tun zu müssen, führte zu diesem (noch) ungewöhnlichen Schritt. Vor Wochen wurde der Termin festgelegt. Am 25. Oktober sollte die Versammlung stattfinden. Das war der vergangene Donnerstag, die Runde fand statt, und offen war die in vielerlei Hinsicht.
 Denn 77 Optoelektroniker kamen zum direkten Dialog, so Roswitha Goerling, ehrenamtliches Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und stellvertretende BGL-Vorsitzende des WF, und Gerhard Friedrich, Vorsitzender der ABI-Betriebskommission, herzlich eingeladen wurden. Und offen war auch die Atmosphäre in dieser Runde. Distanziert werden sollte der Entwurf eines Offenen Briefes an den Bundesvorstand des FDGB.
 Frank Fischer, der als erster in die Debatte einstieg, sagte, daß man sich vor allem darüber verständigen müsse, wie die Wende zumkehrbar gemacht werden könne. Auf die Volkswirtschaft und den Betrieb eingehend, sei es dringend notwendig, der Verwendung von Mitteln entgegenzuwirken. Deshalb sei es ihm unverständlich, daß das WF mit der VQ 150 baden gehen mußte, über seines Wissens keine persönlichen Konsequenzen gezogen wurden.
 Zum Thema Effektivität meinte Kollege Rietsch, daß ernsthaft

stand, um den Rücktritt von Harry Tisch. Wo es um den eigenen Betrieb ging, da konnten die Dinge logisch sehr direkt angesprochen werden. So war von der Praxis im Neuerwiesenen die Rede. Da werde oft die Arbeitsaufgabe zur Neuerertätigkeit gemacht, und immer wieder würden die gleichen Namen auftauchen – die bekannte „LINO-Mafia“, weil ein Vorschlag ja sowieso nicht durchkommen würde ohne die Beteiligung dieses oder jenen Leiters.
 Als Roswitha Goerling um das Wort bat, erklärte sie zuerst, daß die Kollegen gewiß sein könnten, daß der Brief dorthin kommen werde, wo er gelesen werden soll. Auf die Frage nach einer begrenzten Amtszeit für Funktionäre eingehend, sagte sie, sie sei jetzt schon 21 Jahre im Amt des stellvertretenden BGLers und räumte ein, daß dies vielleicht schon zu lang sei. Dann käme aber auch die Frage: „Wer macht weiter?“
 „Es gibt sehr viele Kollegen, die Probleme ansprechen. Es gibt aber nur sehr, sehr wenig Kollegen, die bereit sind, sich für die Sorgen ihrer Kollegen einzusetzen.“ Zum BKV sagte sie, daß ohne Zweifel eine Konkretisierung erforderlich sei, darüber war man sich auch während der jüngsten BGL-Sitzung einig. Dies erfordere aber auch neue Gedanken und Ideen, die jetzt eingebracht werden müßten, schließlich sei es erst ein Entwurf zum BKV. Um als Gewerkschafter eine neue Qualität in der Interessenvertretung der Werktätigen zu erreichen, forderte sie eine spürbar bessere Arbeit der Gewerkschafter und Funktionäre, qualifizierte VVV

ren im WF, erinnerte an die Anfänge in diesem Werk. Damals, so meinte sie, seien Prämien Gelder noch real verteilt worden, auch an den, wie sie sagte, „kleinen Arbeiter“. „Heute bekommen nur noch die Spitzen die Gelder und nicht die Arbeiter, die von Anfang an die Arbeit gemacht haben.“
 Viele, viele Fragen und Sorgen kamen in dieser Runde zur Sprache. Wen wundert's, daß jeder etwas loswerden wollte und es dadurch eher ein Meinungssturm wurde. Da ging es um mehr Durchsichtigkeit und Überschaubarkeit der Pläne und Leitungsarbeit, um die Verwendung der Mittel des FDGB, um das neue Gewerkschaftshaus an der Janowitzstraße. Darum, wovon die Volvos für Partei und Regierung bezahlt werden, um Privilegien und den plötzlichen Gesinnungswandel führender Politiker, um das Verhältnis von Partei, Staat und Gewerkschaft, um die Zulassung neuer Parteien und Organisationen, um die Bildungs- und Erziehungsarbeit – so um die Einberufung eines neuen pädagogischen Kongresses – und um personelle Veränderungen im Bundesvor-

Erst diskutieren – dann beschließen!

Außerordentliche ZFL-Sitzung am 30. 10.

„Schade – jetzt, wo es interessant wird, gehen wir in Urlaub!“ so Petra Schmidt, Sekretär der ZFL, die nun erst einmal in ihren wohlverdienten Schwangerschaftsurlaub geht. Die Zentrale FDJ-Leitung wünschte ihr jedenfalls alles Gute. Bevor sie allerdings ihren Urlaub antrat, berichtete sie auf der ZFL-Sitzung über den Verlauf und die Ergebnisse der Zentralratstagung, an der sie teilnahm.

Die Zentralratstagung war wohl die interessanteste seit Jahren und sie machte wirklich Spaß. Es wurde frei diskutiert, und der Zentralrat bewies, daß er durchaus in der Lage ist, demokratische Beschlüsse zu fassen. Im Saal gab es Standmikros, so daß auch spontane Meinungsäußerungen möglich waren. Für die Delegiertenkonferenz der FDJ unseres Betriebes könnte man hier interessante, auch organische Anregungen mitnehmen.

Im Referat von Eberhard Aurich sei immer wieder der Gedanke zu erkennen, so Petra Schmidt, daß man über gefaßte Beschlüsse erst gründlich diskutieren müsse und nicht umgekehrt, wie es so häufig geschah.

Das sei allerdings mit einem Mehraufwand an Zeit verbunden.

Wir haben auch jedemal die Hand gehoben!

Ja, es ging auch auf der ZFL-Sitzung heiß her. Durch eben diese Praktiken, daß Beschlüsse gefaßt werden, und man dann in der Verlegenheit war, sie den Leuten erklären zu müssen, verlor der Jugendverband viel an Vertrauen. Vieles habe die FDJ sicherlich besser gewollt, es jedoch nicht umgesetzt.

„Wir können nicht sagen, wir hätten alles immer schon anders gewollt! Wir haben mitgemacht, und die Hand jedesmal gehoben!“ hieß es.

Gemeinsam mit ihren Partnern müsse die FDJ nun kämpfen, um das Vertrauen der Jugendlichen zurückzugewinnen.

„Und zwar mit den Partnern und nicht gegen sie, sonst werden wir auch hier wieder unglaubwürdig!“

Auf der Höhe der Zeit?

Die Tagung des Zentralrates gab auch Anlaß zu weiteren Überlegungen in dieser Runde: Die FDJ müsse ein moderner

und interessenbezogener Vertreter der Jugend sein. Dazu wurden bereits durch den Zentralrat Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich auf die verschiedenen Probleme spezialisiert haben.

Auch die Frage des Alters spiele eine Rolle. Sind Eberhard und auch andere Funktionäre bei allen Verdiensten, die sie haben, nicht etwas zu alt für die FDJ?

Diskutiert wurde ebenfalls das Problem der Freiwilligkeit des Eintretens in die FDJ, und Konsequenzen, die Leuten erwachsen, wenn sie nicht Mitglied des Jugendverbandes sind (Bewerbungen usw.).

„Wenn die öffentliche Meinung erst einmal in Bewegung geraten ist, ist es sehr schwierig, sie aufzuhalten.“

Balzác

Was man im Zentralrat diskutierte, ist von allgemeiner Bedeutung. Man diskutiert es unter der Jugend, und man diskutiert es in den FDJ-Leitungen. Zwar nicht erst seit gestern, aber seit einiger Zeit besonders kontrovers.

Hat der DDR-Bürger ein Selbstbewußtsein? Hat er so etwas wie Nationalstolz? Dazu gehört doch auch, daß ein Jugendweihegelöbnis wirklich auf der Höhe der Zeit ist, daß man eine Nationalhymne hat, die auch einen Text besitzt ...

Selbständigkeit und Initiative

Auf der ZFL-Sitzung wurde auch der Gedanke der Zentralratstagung weiterdiskutiert, daß unser Jugendverband Eigenständigkeit brauche. FDJ-Abgeordnete müssen Rückendeckung haben, ihre Rechte kennen und selbständig sein, angefangen beim Kreistag, bis hoch zur Volkskammer. Und diese müsse dafür ein Beispiel geben!

Der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, Frank Schubert, der Gast bei der Zusammenkunft der ZFL war, sagte, wir müssen sehen, wie es mit der FDJ bestellt ist, ohne wieder ein großes Berichtsunwesen zu entfachen. Man muß nun überlegen, wie man herangeht. Und eines ist auch klar: Initiativen wuchern nicht einfach überall nur so aus dem Boden!

Mitgliederzahl geschrumpft

Der GO-Sekretär des Werks teils Farbbildröhren, Jürgen Gräuling, vertrat die Ansicht, daß man nicht warten dürfe, bis die Jugendlichen mit Vorschlägen kommen, denn sonst haben wir bald keine Mitglieder mehr, weil nichts passiert.

Nach einer Überarbeitung der Karteien seien es ohnehin nur noch 170 Mitglieder in C.

Viele meinen, die FDJ sei überflüssig, würden aber sofort wieder mitmachen, wenn Leben in die Bude käme. Und er stellte die Frage: „Was heißt es eigentlich, ‚Interessenvertreter der Jugend‘ zu sein?“

Holger Behnisch hielt Veränderungen in unserer FDJ-Organisation des Betriebes für notwendig. Die vielen Zwischenebenen dienten ohnehin nur als „Zwischenschaltstationen“. Er betonte, daß die Funktionen effektiver ausgelastet werden müssen und schlug vor, die FDJ-Grundorganisation des WF neu zu gliedern. Die GO'n sollten in AFO'n umgewandelt werden und die AFO-Sekretäre sollten gleichzeitig in der ZFL aktiv sein.

Dürfen alle Jugendlichen die FDJ-Leitung wählen?

Die FDJ sei wie gesagt, der Interessenvertreter aller Jugendlichen, wurde auf der ZFL-Sitzung festgestellt. Dürfen an der Delegiertenkonferenz nur FDJler teilnehmen bzw. die FDJ-Leitungen wählen? – Viele Fragen, die sicher bei weitem noch nicht ausdiskutiert sind.

Eröffnungsver- anstaltung des FDJ-Studien- jahres im Kino UT

Einlaß: ab 14.00 Uhr
Beginn: 14.30 Uhr
Um ca. 15.00 Uhr wird der
sovietische Film
„Briefe eines toten Man-
nes“
gezeigt

Diese Veranstaltung ist für
die Teilnehmer kostenlos.

Fragen, die gelöst werden müssen:

Aber auch noch andere wesentliche Fragen stehen zur Zeit im Raum, die möglichst bald gelöst werden müssen. Bis zur Delegiertenkonferenz müsse man feststellen, welche Jugendbrigaden aus Altersgründen abberufen werden müssen.

Wie können die ökonomischen Initiativen ehrlicher und objektbezogener, vor allem realistischer gestaltet werden? Es sei unvermeidbar und bedeute Zahlenhascherei, von 26 Robotern, die kommen müssen, allein 20 der FDJ zuzuschreiben.

Wie kann die MMM-Arbeit effektiver gestaltet werden?

Wie groß wird Umweltschutz in unserem Werk geschrieben? Wie werden die Lehrlinge in die FDJ-Arbeit einbezogen? (Wo war im übrigen der FDJ-Sekretär der Betriebsschule auf der Beratung?)

Wie kann besser mit Absolventen gearbeitet werden?

Und wie halten wir es mit der FDJ-Aktion Um- und Ausgebaut, welche konkrete Hilfe leistet dazu der Betrieb?

Beschlossen wurde auf der außerordentlichen ZFL-Sitzung, daß

1. die Delegiertenkonferenz nach hinten, und zwar auf den Januar geschoben wird, um anstehende Aufgaben zu diskutieren und konkreter fassen zu können.

2. Die Neugliederung unserer FDJ-Organisation im Betrieb, in eine Zentrale FDJ-Leitung und Abteilungs-FDJ-Organisation.
Andreas Kopietz



Zum „Freund der Jugend“ ernannt

Petra Schmidt und André Eberhard bedankten sich im Namen der ZFL, am 30. Oktober herzlich bei Kollegin Ilse Strogies, die als Hauptbuchhalterin jahrelang der FDJ in finanzieller Hinsicht mit Rat und Tat zur Seite stand. Ihr wurde der Titel „Freund der FDJ“ verliehen.



Wer hat Lust

in die FDJ-Ordnungsgruppe vom WF einzutreten? Einsätze z. B. bei Konzerten und Großveranstaltungen. Ab Januar regelmäßiges Selbstverteidigungstraining. Meldungen bei Frank Lehnardt, BBS, Tel.: 5 50 91 86 App. 24

Achtung! Achtung!

Jugendklub Weiskopfstraße, Tel.: 6 35 40 30
Ab Januar gibt es jeden letzten Mittwoch im Monat den
„SZENESCHUPPEN“
Jeweils von 19 bis 01 Uhr

Ab Januar gibt es ebenfalls jeden Donnerstag
Tanzschule für Mambo und Jazzdance
Interessenten können sich ab sofort bei der Klub-
leitung melden!

Internationales Hockeyturnier in Budapest

Vom 29. September bis 2. Oktober 1989 verweilte die Herrenhockeymannschaft der BSG Fernseelektronik zu einem Freundschaftsturnier in Budapest, was nur durch die zeitintensive Arbeit von den Funktionären Regina und Rainer Zitzwitz ermöglicht wurde.

Durch die derzeitige politische Situation und der nicht gerade großen Popularität des Hockeys bekamen sehr gute Spieler (z. Z. Armee), darunter Auswahlspieler kein Visa. Dadurch hatten wir bei der Besetzung einzelner Positionen erhebliche Schwierigkeiten, was sich in allen Spielen zeigte.

An diesem Turnier beteiligten sich weiterhin drei ungarische Mannschaften, eine jugoslawische Auswahl und die Bezirksauswahl aus Leipzig. Es wurde in zwei Staffeln zu je drei Mannschaften gespielt, wobei danach die jeweils erst-, zweit- und dritt-plazierten Mannschaften gegeneinander spielten. Fernseelektronik trat zuerst gegen hc Volan Budapest und dann gegen hc Budai Pedagogus an.

Im ersten Spiel lagen wir schnell mit 0:1 im Rückstand. Im weiteren Verlauf des Spiels erkämpften wir uns eine 2:1-Führung und setzten uns dabei gut in Szene. Mit der Zeit schlichen sich Fehler in das Spiel und es wurde am Ende mit 3:4 verloren. Unsere Torschützen waren M. Exner (2) und T. Winkelmann.

Im zweiten Spiel zeigten wir dann eine spielerisch und kämpferisch gute Leistung, kamen aber über ein 0:0 nicht hinaus. Das bedeutete in der Staffel den 3. Platz und im Endeffekt Spiel um Platz 5. Wir versuchten, in diesem Spiel unsere bisherigen Fehler zu korrigieren, um zu einem besseren Spiel zu finden. Stellenweise gelang uns dies auch sehr gut und wir hielten lange Zeit das 0:0. Dem stärker werdenden Druck des Gegners konnten wir nichts Entscheidendes entgegenzusetzen und verloren das Spiel gegen den ungarischen Meister sc Epitoek Budapest 0:4.

Am Abend unseres ersten Spieletages fand ein Bankett statt, das dem allgemeinen Kennenlernen diente, wobei sich die Gastmannschaften bei den Veranstaltern für die Teilnahme an diesem Turnier bedankten. Im weiteren Verlauf des Abends wurden auch Videoaufzeichnungen von internationalen Hockeyturnieren gezeigt, die einen sehr großen Anklang bei den Spielern fanden.

Untergebracht waren wir in einem Schülerinternat nicht weit vom Sportplatz entfernt. Die Freizeit wurde zum Stadtbummel und Kennenlernen von Budapest genutzt, wobei auch das Einkaufen zu einem Erlebnis werden kann.

Für uns war das Freundschaftsturnier eine gelungene Veranstaltung. Wenn auch nicht

erfolgreich, so gab uns doch das Turnier Einblicke und Richtlinien für die weitere Entwicklung unserer Mannschaft im Hockeysport, denn hier hatten wir die Möglichkeit unsere Kräfte und spielerischen Fähigkeiten zu messen.

Für uns war es aber schwer verständlich, daß wir die vollen Reisekosten tragen mußten, da wir ja als Repräsentanten des Berliner Hockeysportes und des WF Berlin auftreten.

Als Mannschaft möchten wir uns auf diesem Wege bei den Initiatoren Regina und Rainer Zitzwitz sowie bei dem Verantwortlichen Siegfried Brunn und dem Sportbüro der BSG bedanken.

Unter der Leitung des BSG-Vorsitzenden Siegfried Brunn waren folgende Sportfreunde und Funktionäre Mitglieder der Delegation:

Regina und Rainer Zitzwitz, Wilhelm Märten, Sabine und Thomas Winkelmann, Thomas Müller, Bernd Ratajczak, Ralf Grimm, Thomas Öhlberg, Marco Freutel, Stefan Motsch, Mario Exner, Thomas und Ingolf Lang und Nico Zitzwitz.

Der Endstand dieses Turniers lautet:

1. Jugoslawische Auswahl
2. hc Budai Pedagogus
3. Auswahl Leipzig
4. hc Volan Budapest
5. sc Epitoek Budapest (Ungarischer Meister 1988)
6. FSE Berlin

Ingolf Lang u. Thomas Müller

Wanderung

Am Sonnabend, dem 25. November 1989, „durch den oberen Gamengrund“. Strecke: Tiefensee – Falkenberg. Streckenlänge: 25 km; Tempo: 4,5 km/h
Streckenführung: Bahnhof Tiefensee, Mittelsee, Langer See–Leuenberg, Dümpel–Buchsee, Gamengrund–Teufelssee, Gamensee–Köthen–Falkenberg.
Treffpunkt: S-Bahnhof Ahrensfelde um 7.20 Uhr
Hinfahrt:
ab Ostkreuz 6.56 Uhr
an Ahrensfelde 7.18 Uhr
ab Ahrensfelde 7.42 Uhr
an Tiefensee 8.16 Uhr

Rückfahrt:
ab Falkenberg 16.21 Uhr
an Eberswalde 16.41 Uhr
ab Eberswalde 16.50 Uhr
an Bernau 17.09 Uhr
Weiter mit S-Bahn
Verpflegung aus dem Rucksack.
Fahrpreis:
Sektionsmitglieder: 1,50 Mark
DTSB-DAV-ADMV-Mitglieder: 3,00 Mark
Gäste kaufen ihre Fahrkarte selbst.
Anmeldung bis 16. November 1989 über Sportfreund Porsche
Telefon 32 04 (täglich 12.30 Uhr)
Wanderleiter: Ch. Riemann, Telefon: 2 08 25 24

Winterfestmachung und Brandschutz

In Auswertung der Unterweisung der Brandschutzinspektoren durch die VP-Feuerwehr kann folgendes gesagt werden:

Die Anzahl der Brände ist immer noch zu hoch. Im ersten Halbjahr 1989 waren in der DDR 2474 Brände zu verzeichnen, die einen Schaden von 41,5 Mio M zur Folge hatten. 410 von diesen Bränden waren im Raum Berlin, der Schaden betrug 5,2 Mio M. Der ausgewiesene Schaden entspricht 1% des Nationaleinkommens und dies wiederum sind 3 Tagesproduktionen.

Die Hauptursache dieser Brände sind subjektive Mängel, d. h. Fehlverhalten der Bürger und hier vor allem der Umgang mit offener Flamme. Von den 6 Personen, die in letzter Zeit ums Leben kamen, haben 5 Personen im Bett geraucht, meistens unter Alkoholeinfluß.

Die zweite Ursache, dies trifft auf die Betriebe zu, sind Verletzung der technologischen Disziplin, ungenügende Schichtübergabe und Nichteinhaltung der GAB-Nachweise.

Um ein Absinken der Brände zu erreichen, wurden in der Woche vom 16. 10.–20. 10. 89 die Betriebe kontrolliert.

Die Brandschutzkontrollen in den Wohnungen sind vom 28. 10.–10. 11. 89.

Die Kontrollen erfolgen durch Angehörige der Feuerwehr, ABI, staatliche Versicherung und weitere gesellschaftliche Kräfte. Es ist vorgesehen, 25 Prozent der Wohnungen zu überprüfen. Entsprechend der „Verhaltensanforderung Brandschutz“ (Gbl. I Nr. 29 vom 4. 8. 82) liegen folgende Schwerpunkte zugrunde:

- Brandschutzerfordernisse bei der Durchführung handwerklicher Arbeiten;
- Rauchen und Umgang mit offener Flamme;
- Offene Feuerstellen im Freien;
- Feuerstätten in Gebäuden;
- Schornsteine;
- Aufbewahrung und Transport von Asche;
- Flüssiggasanlagen in Gebäuden;
- Lagerung und Umgang mit brennbaren Flüssigkeiten;
- Zustand elektrischer Geräte und Anlagen;
- Unterstellen von Kraftfahrzeugen;
- Dachböden.

In diesem Gesetz wird wiederum zum Ausdruck gebracht, daß die Rechtsträger (Vermieter, Betreiber, Leiter) die volle Verantwortung für ihr Objekt (Wohnung, Abteilung, Bungalow usw.) tragen.

Jeder Bürger zur Aktivität aufgefordert

Es wird von jedem Bürger erwartet, diese Überprüfungen zu unterstützen.



Von den Leitern unseres Betriebes wird weiterhin verlangt, den Brandschutz mindestens quartalsweise in ihre Arbeitsschutzbelehren einzubeziehen, wobei wegen der eingangs erwähnten Fakten auch der häusliche Brandschutz Bestandteil sein soll. Hierbei kann auf die WF-Broschüre von 1980 „Brandschutz auch im Haushalt und was damit zusammenhängt“ zurückgegriffen werden.

Die Verhaltensregeln für unseren Betrieb sind in der Brandschutzordnung WF 4. Ausgabe 1989, in der Broschüre „Verhaltensordnung beim Umgang mit Erdgas“ und in den Arbeits- und Brandschutzinstruktionen für spezielle Arbeitsgebiete festgelegt. Hierzu gehört auch die Schulung der Brandschutzinspektoren und -helfer.

Anschließend wird nochmals hingewiesen, daß nur ein bewußtes Handeln, gestützt auf die Rechtsvorschriften, Brände und Schäden verhindert.

Graeser
Hauptbrandschutzinspektor

Angebote

Der WBA 42 feierte unseren 40. Republikgeburtstag auf seine Weise und zusammen mit vielen Bürgern des Wohngebietes. Schau- und Kauflustige nutzten die vielseitigen Möglichkeiten, die das reichhaltige Angebot der Stände, der Gastronomie und Unterhaltung für die Jüngsten boten.

Den Rahmen des Festes nutzten der WBA-Vorsitzende, Genosse Kulack, und der Wahlkreisaktivleiter, Genosse Köhler, um 13 Hausgemeinschaften mit der „Goldenen Hausnummer“ sowie weitere verdienstvolle Bürger mit der Ehrenmedaille „40 Jahre DDR“ und der Ehrennadel der Nationalen Front auszuzeichnen.

Der WBA 42 möchte allen Bürgern seines Einzugsbereiches die Sprechzeiten der Kommissionen bekannt geben und bittet um rege Inanspruchnahme dieses Angebotes:

Jugendhilfe jeden 1. u. 2. Dienstag im Monat 19 bis 21 Uhr
Abgeordnete jeden 2. Dienstag im Monat 18 bis 19 Uhr

Wohnungskommission jeden 1. Mittwoch im Monat 18 bis 20 Uhr

Bürgerinitiative jeden 1. Donnerstag im Monat 18 bis 20 Uhr

Jugend und Kultur jeden 2. Donnerstag im Monat 18 bis 19 Uhr

Ordnung und Sicherheit jeden 3. Donnerstag im Monat 18 bis 19 Uhr



WBA jeden 4. Donnerstag im Monat 18 bis 20 Uhr

Anschrift des WBA 42 Nationale Front der DDR, Alt Köpenick 34, Berlin 1170.

Im gesellschaftlichen Zentrum des WBA 42 können sich alle Bürger jeden Dienstag von 14.00 bis 18.00 Uhr über die Varianten des Köpenicker Baugeschens und die Verkehrslösungen informieren.

Auszeichnungen

Anlässlich des 40. Jahrestages der DDR am 7. Oktober 1989 wurden die nachfolgenden Sportfreunde, die Betriebsangehörige unseres Werkes sind, für aktive Tätigkeit im ADMV mit den Ehrennadeln des DTSB bzw. ADMV geehrt:

ADMV-Bronze

Silvio Richter, E 1
Bärbel Pagorsky, ADMV
Joachim Fruber, CTE 4
Gisela Nörenberg, IM 1
Margot Mauer, S 1
Ingo Ehrlich, TG 2
Norbert Kranzin, AT 2
Jörg-Andre Kalla, CTA 22

DTSB-Silber

Sigrid Paech, ETZ 4
Hans Osche, AT 2

DTSB-Bronze

Waltraud Lewin, SÖ 2
Wolfgang Grzesko, BGL
Michael, Ehrhardt, TF
Volker Ramm, Ö 5

WF bremst Lok

Berichte vom 11. Spieltag der Bezirksklasse, Staffel B

Wenn sich Alarmzeichen häufen, muß gehandelt werden. Das gilt auch im Fußball!

Aufgrund des schwachen Abschneidens in den vergangenen 4 Wochen (nur 1:7 Punkte) mußte der Übungsleiter der 1. Mannschaft, D. Wittkowski, sich etwas Neues überlegen. Nicht einfach in der angespannten Spielsituation der 1. Mannschaft! Wesentlich für die unbefriedigenden Spiele der letzten Zeit war ein zu schwaches Mittelfeld (abgesehen vom Dauerproblem der miserablen Stürmerleistungen). Aus diesem Grunde verstärkte D. Wittkowski im Spiel gegen Lok Schöneeweide das Mittelfeld durch Florl und Meyer, ein (Rasen-)Schachzug, der Wirkung zeigte.

Das Spiel vom 28. 10. 89 im Birkenwäldchen fand bei besten Rasenbedingungen (unverständlich, daß nicht operativ entschieden wurde, auch die Reserve auf dem Rasen spielen zu lassen) und mildem Sonnenschein statt.

Das Geschehen auf dem Grün war aber keinesfalls durch Milde gekennzeichnet. Beiden Mann-

schaften war anzumerken, daß sie dieses Spiel gewinnen wollten. Lok kreuzte in der ersten Viertelstunde auch einige Male gefährlich vor Heinzes Tor auf. In dieser Phase blieb die WF-Elf ziemlich blaß.

So war es doch überraschend, daß in der 24. Minute WF nach einem klassischen „Läuferzug“ (Rückpaß von Lier von der Grundlinie) durch den fleißigen Pawlick zum 1:0 kam. Das gab der Heimmannschaft Auftrieb und führte zu weiteren Chancen (Keilpflug).

Kurz vor der Pause kam aber Lok wieder auf Volldampf und hatte mehrere Ausgleichschancen (u. a. ein Freistoßknaller ans Latzenkreuz).

Mit dem 1:0 ging es in die Kabinen. Die 2. Spielhälfte begann so, wie die erste endete und führte dann auch zum Ausgleich durch Lok.

Das warf das WF-Team diesmal nicht um, im Gegenteil. Mit Kampfgeist und gutem Spiel aus dem Mittelfeld erarbeitete sich die Mannschaft viele gute Chancen. Keilpflug, der endlich mal

wieder lief, war es vorbehalten, den knappen, aber insgesamt verdienten 2:1-Sieg sicherzustellen.

Folgende Mannschaft war aufgelaufen:

Tor: Heinze (IMM 2)

Abwehr: Pagel (IMM 2), Thiele (IMM 2), Kosa (IM 7), Krause (SI 2)

Mittelfeld: Lier (MT 1), Florl (IM 5), Schmock, Meyer (IM 2)

Angriff: Pawlick (PB), Keilpflug (MT 1)

Wechsel: Brand (IM 7) für Florl, Zander (Sportbüro) für Brand (verletzt)

Eine Mannschaftsaufstellung, die den jetzt erreichten Mittelfeldplatz behaupten könnte!

Leider scheint die Reservemannschaft von der „Rolle“ gekommen zu sein. Das klare 0:3 gegen Lok war auch bedingt durch organisatorische Probleme.

Die Ergebnisse der anderen WF-Mannschaften:

AK 32: BSG WF-Einheit Mitte 5:0

AK 40: BSG WF-NARVA Berlin 2:0

Dr. K. Ellmer



Mit Gastspielen von Solisten und Ensembles aus der BRD, Dänemark, Großbritannien und Indien gingen die XXXIII. Berliner Festtage des Theaters und der Musik zu Ende.



Die Bühnen der Stadt Kiel zeigten in den Kammerspielen des DT das Rockmusical „Linie 1“ von Volker Ludwig und Birgit Heymann in einer Inszenierung von Petra Dannenhöfer.

Berliner Festtage des Theaters und der Musik

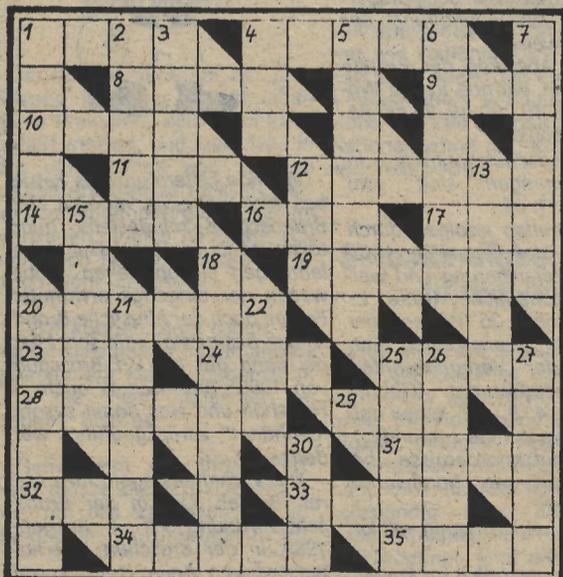
Neues aus dem Stadtbezirk:

Was macht man, wenn man Urlaub hat...?

1929 war es, als im Berliner Arbeiterbezirk Köpenick, Ortsteil Oberschöneeweide, das Licht- und Luftbad in der Wuhlheide errichtet wurde. 60 Jahre sind seitdem vergangen, und die Zeichen dieser Zeit haben sichtbare Spuren hinterlassen. Im 40. Jahr des Bestehens unserer Republik soll das Licht- und Luftbad im traditionellen Arbeiterviertel völlig neu aufgebaut und zu einem Freibad gestaltet werden, wie es bisher einmalig in der Hauptstadt ist. Eine Grundsatzentscheidung des Rates des Stadtbezirks schuf dafür die Voraussetzungen. Die Projekte für das Vorhaben werden vom wissenschaftlich-technischen Zentrum Sportbauten Leipzig als führende Einrichtungen auf diesem Gebiet erarbeitet. Der Leistungsumfang beträgt rund vier Millionen Mark. Der voraussichtliche Abschluß dieser Investitionsmaßnahme ist für das kommende Frühjahr vorgesehen, so daß das Bad mit Saisonbeginn 1990 den Bürgern übergeben werden kann.

Um den gestiegenen Ansprüchen und Bedürfnissen unserer Menschen gerecht zu werden, gilt es, dieser Erholungseinrichtung ein ansprechendes Gesicht zu verleihen und vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu bieten. Angefangen hatte alles mit dem Abriß des alten Badebeckens. Dieses wird – so sieht es der Plan vor – durch ein Nichtschwimmerbecken und ein Schwimmerbecken in den Maßen 15 x 25 Meter ersetzt. Die Anlage wird durch einen Schwimmeterturm und eine Wasserrutsche komplettiert. Für die Kleinsten wird eine Wassersprühplansche im Bereich der Liegewiesen errichtet. Ein wichtiger Gesichtspunkt: die Gewährleistung einer hohen Badewasserqualität bei gleichzeitiger Senkung des Trinkwasserverbrauchs. Dafür wurde bereits eine Wasseraufbereitungsanlage fertiggestellt, die an die neuen Badeanlagen angeschlossen wird.

Neu entstehen wird weiterhin ein Funktionsgebäude mit Sanitäranlagen, die insbesondere auch den Bedürfnissen behinderter Bürger gerecht werden. Ebenso wie Umkleieräume, Ausleihen für Liegen und Spielgeräte gehören ein Mehrzweckraum für verschiedene Veranstaltungen und ein Verkaufskiosk zu den Neuheiten dieses Freibades. Die Liegewiese ist so angelegt, daß sie auch nach Ende des offiziellen täglichen Badesbetriebes von den Bürgern genutzt werden kann. Für die Kinder der Anwohner stehen auch dann noch Buddelkästen und Spielgeräte bereit.



Kreuz und quer geraten

Waagrecht: 1. das Milliardenfache als Vorsatzsilbe bei Maßeinheiten, 4. ital. Filmschauspielerin, 8. kleines Behältnis, 9. Ansiedlung, 10. Abfall, Unrat, 11. Zupfinstrument der Aschugen, 12. eingedeichtes Land, Marsch, 17. Stadt a. d. frz. Cevennen, 16. Hinweis, 17. engl.: Ohr, 19. Teil des Geweihs, 20. schöner Jüngling d. griech. Sage, 23. Nebenfluß der Warta, 24. alte Nährwetteinheit, 25. europ. Hauptstadt, 28. dt. Lyriker, geb. 1903, 29. Vorgebirge, 31. nied. Pflanze, 32. finn. Schriftsteller (1861-1921), 33. Bund, Vereinigung, 34. Wundmal, 35. Ameise.

Senkrecht: 1. griech. Buchstabe, 2. Stechmücke, 3. Kartenwerk, 4. norweg. Schriftsteller (Lebenslänglich), 5. Reisspeise, 6. ehem. Politiker d. DDR (1904-1982), 7. Bewegungslosigkeit, 12. Tanzschritt, 13. engl.-amerik.: Adler, 15. bearb. Tierhaut, 18. Jangjähriger Straßenradsportrainer der DDR, 20. Südfrucht, 21. USA-Bundesstaat, 22. Gruppe zusammengehöriger Dinge, 25. Sternbild des Tierkreises am nördl. Himmel, 26. eine Weltreligion, 27. inneres Organ, 30. engl. Biersorte.

Auflösung aus Nr. 43/89

Waagrecht: 1. Seal, 4. Zuber, 8. Oase, 9. Air, 10. Marc, 11. Ahu, 12. Klädde, 14. Maus, 16. Laa, 17. Aes, 19. Idylle, 20. Ekarte, 23. Sél, 24. Att, 25. Herr, 28. Tratte, 29. Mol, 31. Bete, 32. Egk, 33. Aken, 34. Alter, 35. Lase.

Senkrecht: 1. Samum, 2. Aarau, 3. Lachs, 4. Zer, 5. Ballade, 6. Randal, 7. Friese, 12. Kai, 13. Delle, 15. Anker, 18. Statist, 20. Esther, 21. Alaska, 22. Ete, 25. Hobel, 26. Elena, 27. Riege, 30. Bar.

Spruch der Woche:
Von lauter guten Vorsätzen in die Ecke gedrängt, beschloß er, sie zu ändern.

Achtung Yoga-Freunde!

sender
Herausgeber: Leitung der SED-Betriebsparteiorganisation im VEB WF im Kombinat Mikroelektronik. Verantwortlicher Redakteur: Heidrun Sölter-Bey. Redakteure: Jochen Knobloch, Gordana Schöne. Redaktionssekretär: Inge Thews. Das Redaktionskollegium: Jürgen Kunkel – GO Vakuumelektronik; Peter Leh-

Redaktionsschluß war am 30. Oktober. Die nächste Ausgabe erscheint am 10. November.
mann – GO Mikrooptoelektronik; Marianne Frohnert – GO Ökonomie; Horst Jonuscheit – GO Kader und Bildung; Hans Waldhausen – Kammer der Technik; Evelyn Golletz, BGL. Redaktion: Bauteil V, 3. Etage, Zimmer 3121 A. Telefon 63 83 20 13. Erscheint wöchentlich unter der Lizenz-Nr. 5017 B des Magistrats von Berlin, Hauptstadt der DDR. Druck: 140 (ND). Die Redaktion wurde mit der Ehrenplakette der Kammer der Technik in Silber ausgezeichnet.

Unsere Übungsstunden haben wieder begonnen:
1. Gruppe – dienstags 16.00 Uhr
2. Gruppe – dienstags 16.45 Uhr
3. Gruppe – dienstags 17.30 Uhr
Übungsort: Chorprobenraum im WF-Kulturhaus – 3. Stock.
Neuanmeldungen sind im beschränkten Umfang möglich. Kulturhausleitung